

AKTUELL

SoVD Niedersachsen und Reichsbund Wohnungsbau haben sich erfolgreich stark gemacht für die Schwerstbehinderte

## Frauke Schümann bekommt eine neue Wohnung

Dieser Fall hat für Schlagzeilen gesorgt: eine junge Frau aus Hannover, die ohne Arme und Beine ihr Leben meistert, möchte umziehen und darf es nicht. Obwohl ihr Arzt der Asthmakranken wegen der feuchten Räume dazu geraten hatte. Obwohl sie den Umzug und die Mietdifferenz selbst gezahlt hätte. Die Empörung war groß in der Landeshauptstadt, als das Dilemma der schwerstbehinderten Frauke Schümann bekannt wurde. Nicht nur der SoVD Niedersachsen setzte sich öffentlich für die 36-Jährige ein; auch der Geschäftsführer der Reichsbund Wohnungsbau GmbH, Matthias Herter, half ihr, umgehend eine rollstuhlgerechte Wohnung zu finden. Vermittelt hatte dabei der CDU-Landtagsabgeordnete Rainer Beckmann, Chef von Haus & Grund Hannover. Die Reichsbund Wohnungsbau wandelte schnell und unbürokratisch eine der Eigentums-

wohnungen in Buchholz in eine Mietwohnung um, in die Frauke Schümann bald einziehen kann.

Zur Vorgeschichte: Die schwerbehinderte Frau, die auf ärztlichen Rat aus ihrer zu feuchten und baulich minderwertigen Wohnung ausziehen will, bekommt vom Sozialamt zunächst keine Zusage für die Übernahme der Kosten für eine neue Bleibe. Und das, obwohl die halbtags als Telefonistin tätige Frauke Schümann selbst nach langer Suche eine neue Wohnung gefunden und versichert hat, sowohl die Umzugs- als auch die höheren Mietkosten selbst zu tragen. Die Mietobergrenze hätte um 117 Euro über dem Regelsatz gelegen – für das Sozialamt zuviel. Hannovers Sozialdezernent Thomas Walter argumentierte mit möglichen Folgekosten für die Stadt, die nicht absehbar seien. Zwar hatte er versprochen, der 36-Jährigen bei der Suche nach einer neuen, anderen Wohnung zu helfen, stellte aber auch klar: „Das Sozialamt hat keinen Ermessensspielraum für Härtefälle. Wir können keine höheren Mietsätze finanzieren.“ Die Mietgrenzen gemäß der neuen Hartz-Gesetzgebung gelten bundesweit und sind in Großstädten höher als auf dem Land. Auch ein Treffen von Frauke Schümann mit Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg war ohne konkrete Zusagen für eine Kostenübernahme geblieben; immerhin hatte das Stadtoberhaupt die Frau persönlich empfangen.



Frauke Schümann meistert ihr Leben ohne Arme und Beine. Sie ist auf eine behindertengerechte Wohnung angewiesen. Foto: Heusel

Die Betroffene fühlte sich verschaukelt, wie sie in Interviews mit zahlreichen Medien betonte. Für die junge Frau, die auf ständige Pflege angewiesen und asthmakrank ist, wirkten die „starrten Regeln“ alltagsfern und sie sah sich gar einer „unmenschlichen Bürokratie“ ausgesetzt. Ihre Anwältin warf der Sozialbehörde zudem vor, die Notlage ihrer Mandantin nicht zu berücksichtigen und drohte mit einer Klage.

Erst der öffentliche Druck – zunächst über die in Hannover erscheinende Neue Presse, dann durch weitere Veröffentlichungen in Zeitungen, Radio- und Fernsehsendern – rief die Behörden auf den Plan. Auch der SoVD Niedersachsen hatte mehrfach die Gelegenheit, sich zu dem

Fall zu äußern und sich für Frauke Schümann stark zu machen. Hier der Wortlaut der Stellungnahme: „Es ist eine Schande, wie sich das Sozialamt in diesem Fall verhalten hat. Das Schicksal und die Lebensumstände des Einzelnen müssen zumindest bei Schwerstbehinderten höher bewertet werden als starre Vorgaben. Leider erleben wir immer wieder, dass Menschen mit Behinderungen wie ‚Störfaktoren‘ behandelt werden. Hier hätte man einfach eine flexible Lösung finden müssen, zumal die Frau auch noch ein hohes Maß an Eigeninitiative gezeigt hat! Man kann sich auch nicht einfach darauf herausreden, dass es zu wenige behindertengerechte Wohnungen gibt.“ som

### Neujahrsgruß

Liebe Leserinnen, liebe Leser, auch in diesem Jahr hat sich der SoVD Niedersachsen stark gemacht für die Anliegen seiner rund 250 000 Mitglieder: Alg II oder Hartz IV, Rente, Schwerbehindertenrecht, Kranken- und Unfallversicherung – das sind nur einige Bereiche, in denen unsere Sozialberaterinnen und Sozialberater vor Ort für Sie eingetreten sind. Der SoVD Niedersachsen positioniert sich öffentlich und tritt ein für soziale Gerechtigkeit. Wir werden an die Politikerinnen und Politiker weiterhin die Forderung stellen, die Schwachen der Gesellschaft zu stärken. Wir werden das Gespräch mit Politikern suchen und uns weiterhin einmischen.

Unsere Kernaufgabe ist – neben dem sozialpolitischen Engagement – die umfassende und persönliche Sozialberatung. Den Erfolg, den wir damit erzielen, verdanken wir allen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. In den Orts- und Kreisverbänden engagieren sich darüber hinaus Tausende ehrenamtliche Mitstreiterinnen und Mitstreiter, die dafür sorgen, dass das Motto „Gemeinsam statt einsam“ mit Leben erfüllt wird. Sie alle sorgen für eine solides Miteinander.

Wir bedanken uns insbesondere bei allen Mitgliedern, die den Verband durch ihre Mitgliedschaft stärken. Wir sagen Danke für Ihr Vertrauen und Ihre Treue und wünschen Ihnen und Ihren Angehörigen Gesundheit, Glück und Erfolg und ein friedvolles neues Jahr.

Ihr Adolf Bauer  
1. Landesvorsitzender

Ihr Dirk Swinke  
stellv. Landesgeschäftsführer



Matthias Herter, Geschäftsführer der Reichsbund Wohnungsbau.

### Volksbegehren: Landesblindengeld

## Wie geht es weiter?

Ermutigende Signale kamen von den rund 30 Delegierten aus den Regionalvereinen der niedersächsischen Blinden- und Sehbehindertenverbände am 8. November in Hannover zum Stand des Volksbegehrens/Blindengeld.

Der Geschäftsführer des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Niedersachsen e. V. (BVN), Hans-Werner Lange zeigte sich zufrieden über die positive Wirkung des fast einhalbjährigen hartnäckigen Protestes, der nun mit der fristgerechten Beantragung des Volksbegehrens/Blindengeld einen weiteren Höhepunkt erreicht hat. „Die Motivationskampagne ‚Jeder bringt 10‘ soll mitten in die niedersächsische Bevölkerung getragen werden.

Dabei helfen über 20 Bündnispartner durch ihre eigne Organisationsstruktur. Die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der Sozialverband Deutschland, Sozialverband VdK, die LAG mit AWO, Caritas Diakonie, Deutsches Rotes Kreuz und die Paritäten, Verdi und der DGB, um besonders mitgliedsstarke

Organisationen zu nennen, sind mit dabei. Wenn es gelingt, dass nur 50.000 Mitbürger bei der Kampagne „Jeder bringt 10“ mitmachen, dann ist es in der zur Verfügung stehenden Zeit von einem halben Jahr leicht möglich, das Ziel zu erreichen. Rund 30 % der gültigen Unterschriften haben wir schon.“

Damit wird deutlich: Viele Bürger Niedersachsens teilen die Befürchtung des BVN: „Heute das Blindengeld - und morgen...?“

Adolf Bauer, Vorsitzender des SoVD Niedersachsen: „Der SoVD wird ebenso wie der BVN noch Adventsfeiern und Jahresversammlungen für die Unterschriftenlisten nutzen.“

**Nähere Informationen erhalten Sie beim Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen e. V., Harald Stegmann Kühnsstraße 18 30559 Hannover Tel.: 0511/5104-223 Fax: 0511/51 04 455 oder E-mail: Harald.Stegmann@blindenverband.org.**

### Koalitionsvereinbarungen: Der Sozialpolitische Ausschuss informierte sich

## Aktuelles aus Berlin aus erster Hand

Der Leiter der Abteilung Sozialpolitik beim SoVD-Bundesverband, Hans-Jürgen Leutloff, informierte vor kurzem die Mitglieder des Sozialpolitischen Ausschusses (SPA) des SoVD Niedersachsen in Hannover über die Auswirkungen der Koalitionsvereinbarung der Großen Koalition in Berlin.

Der Koalitionsvertrag bedeutet nach den Ausführungen Leutloffs weitere finanzielle Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger. „Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte wird Rentner, Geringverdiener und Arbeitslose hart treffen“, so der Experte.

Eine falsche Weichenstellung sei die Streichung der Bundeszuschüsse zur Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung. Dies führe dazu, dass allein die Versicherten für versicherungsfremde Leistungen zur Kasse gebeten werden. Leutloff: „Dies ist eine sozial ungerechte Lastenverteilung und schwächt die gesetzliche Krankenversicherung in unverantwortlicher Weise. Wir fordern, dass versicherungsfremde Leistungen in der Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung in vollem Umfang aus Steuergeldern finanziert werden müssen.“



Hans-Jürgen Leutloff (vorn links) war zu Gast beim Sozialpolitischen Ausschuss des SoVD Niedersachsen in Hannover. Eingeladen hatte Ausschussvorsitzende Edda Schliepack (Mitte, vorn).

Positiv bewertete Leutloff die im Koalitionsvertrag formulierte Zielsetzung für eine Reform der Pflegeversicherung ist in vielen Punkten zu begrüßen. Das vorrangige Ziel der Pflegereform müsse die Stärkung der häuslichen Pflege sein.

„Der Koalitionsvertrag der Großen Koalition enthält schwere Zumutungen für die Rentnerinnen und Rentner“, führte Leutloff weiter aus. Die Einführung des Nachholfaktors bedeute, dass sie auf Jahre hinaus mit Nullrunden rechnen müssten. Die Renten würden für lange Zeit auf dem Niveau von 2003 ein-

gefroren werden. Das sei faktisch das Ende der dynamischen Rente.

Er forderte: „Wenn die Löhne steigen, müssen auch die Renten steigen.“ Die zweite gravierende Maßnahme sei die stufenweise Erhöhung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre. Für die betroffenen Jahrgänge bedeute dies eine weitere Rentenkürzung. Die Mitglieder des SPA nutzten im Anschluss an das Referat die Gelegenheit für einen aktiven inhaltlichen Austausch mit dem Vertreter des Bundesverbandes und äußerten sich allesamt zufrieden über den Verlauf der Sitzung.